

# **erniedrigt, überwacht, verstrahlt, abgeschoben, ausgebeutet, versklavt VERSUCH DER BEFREIUNG IN ZEITEN VERSCHÄRFTER RESTAURATION**

Überwacht und ausgespäht wird überall und alles! Nazi-GegnerInnen, Linke und sonst politische Menschen, die den Herrschenden auf die Füße treten, sind in der BRD seit Jahren Opfer von Überwachung als Teil einer längst politisch legitimierten Praxis. 2013 wird nun das Ausmaß des massenhaften Datenzugriffs bis in die Privatsphäre des Einzelnen offengelegt. Edward Snowden, ehemaliger Geheimdienstmitarbeiter der National Security Agency (NSA), veröffentlichte über verschiedene Medien interne Akten des Geheimdienstes, die belegen, dass die NSA und der britische Geheimdienst Government Communications Headquarters (GCHQ) mit den Spähprogrammen Prism bzw. Tempora riesige Mengen von Daten europäischer Telefongespräche, E-Mails und anderer Arten der Kommunikation sammeln<sup>1</sup> und auf Daten von Internet Providern wie Google oder Yahoo direkt zugreifen.<sup>2</sup> Die NSA speichert jeden Tag bis zu 5 Milliarden Datensätze von Handys weltweit.<sup>3</sup> Die NSA spioniert EU-Gremien, IWF und Weltbank<sup>4</sup> aus und unterhält mindestens 80 Horchposten in Einrichtungen der USA weltweit, den sogenannten »Special Collection Service«.<sup>5</sup> Die NSA spähte im globalen Bankennetzwerk Swift, das seit 2010 die Übermittlung bestimmter Bankdaten von BürgerInnen der EU an die USA erlaubt.<sup>6</sup> In der EU arbeitete vor allem der britische Geheimdienst GCHQ mit der NSA eng zusammen. Er hörte beim G20-Treffen 2009 in London PolitikerInnen ab.<sup>7</sup> Nachdem bekannt wurde, dass alle relevanten Smartphone-Systeme wie iOS, Android und Blackberry durch die NSA gehackt werden können, verharmloste Philipp Mißfelder, Vorsitzender der Jungen Union und Bundestagsabgeordneter der CDU: »Es ist kein Thema der Politik. Die neuen Vorwürfe, die kommen, sind ein Thema zwischen der amerikanischen Regierung, der NSA und den Herstellern. Damit haben wir in Deutschland nichts zu tun, und ich sehe auch keine neue Eskalation des Skandals.«<sup>8</sup> Selbst Server der großen Internetprovider wurden gehackt. Google, Apple, Facebook und Yahoo, selbst Datensammelweltmeister, forderten daraufhin plötzlich den Schutz der Privatsphäre sowie mehr Kontrolle für die Geheimdienste und mehr Transparenz<sup>9</sup> – nur um den eigenen Ruf nicht weiter zu ruinieren. Wer alles ausspäht, späht auch Konzerne aus, auch diese Daten sind gut zu gebrauchen. In Brasilien wurde Präsidentin Dilma Rousseff bespitzelt. Sie sagte dann aus Protest ihre geplante USA-Reise ab.<sup>10</sup>

Die Dimension der Ausspähprogramme, die seit Dezember 2012 aufgedeckt werden, zeigt, dass die technologische Entwicklung das Ausspähen aller Menschen bis in die persönlichsten Bereiche ermöglicht. Damit wird der Freiheit des Individuums auf informationelle Selbstbestimmung die Grundlage entzogen. Dass der bürgerliche Rechtsstaat auf den allgemeinen Menschenrechten aufbaut, wird immer mehr zur bloßen Fassade.

In der BRD wurde die Kooperation von Bundesbehörden wie dem Bundesnachrichtendienst (BND) mit der NSA nur zögerlich zugegeben und die anfangs zur Schau getragene Gelassenheit von Merkel & Co. wurde im Sommer durch eine scheinbar mahnende Wahlkampf-

rhetorik ersetzt. Als deutsche Drohgebärde wurde angeblich ein Aufklärungshubschrauber der Bundeswehr über das US-Konsulat in Frankfurt/Main geschickt, um dort hochauflösende Fotos vom Dach zu knipsen.<sup>11</sup> Erst mit der Enthüllung, dass auch ein Handy von Angela Merkel abgehört wurde, wachten die CDU-Freunde der USA so richtig auf und beschwerten sich wortreich.<sup>12</sup> Die Bundesregierung verweigert aber Edward Snowden weiterhin Asyl und die Zusicherung, dass er nicht in die USA ausgeliefert wird, obwohl dies nach dem 1978 zwischen der BRD und den USA vereinbarten Auslieferungsabkommen möglich wäre.<sup>13</sup> Damit verhindert sie seine Zeugenaussage in der BRD.<sup>14</sup> Es ist den Herrschenden offensichtlich zu gefährlich, dass Verbrechen der deutschen Geheimdienste aufgedeckt werden könnten und würde zudem politischen Druck der USA provozieren.

Im »Projekt 6« wurden von 2005 bis 2010 zwischen dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundesnachrichtendienst sowie dem US-amerikanischen Geheimdienst CIA über eine Datenbank Daten mutmaßlicher »TerrorunterstützerInnen« ausgetauscht. In diesem Rahmen beschattete eine deutsch-amerikanische Anti-Terror-Einheit auch einen deutschen Journalisten.<sup>15</sup> Das als »Datenstaubsauger« bezeichnete Internetüberwachungsprogramm XKeyscore wird bereits seit 2007 auch vom BND und teilweise dem Bundesamt für Verfassungsschutz genutzt.<sup>16</sup> Der BND nutzt das Programm angeblich ausschließlich in Krisengebieten zum Schutz deutscher SoldatInnen wie in Afghanistan und zur Aufklärung ausländischer Satellitenkommunikation beim sogenannten Kampf gegen Terrorismus. Tatsächlich späht auch der BND weltweit im Dienste einer politisch gewollten BRD-Terrorüberwachung.<sup>17</sup> Das Bundesamt für Verfassungsschutz gab Daten an die NSA weiter, im Dezember 2012 waren das 500 Millionen Verbindungsdaten.<sup>18</sup> Angeblich werden nur Daten, die aus dem Ausland sind, verwendet und Daten deutscher BürgerInnen herausgefiltert. Aber das heißt ja nur, dass es diese Daten gibt und der BND über diese verfügt.<sup>19</sup> Um noch effektiver im Internet zu spähen, soll die Technik des BND mit 100 Millionen Euro bis 2018 hochgerüstet werden.<sup>20</sup>

Am 7. September 2013 gingen in Berlin im Rahmen der von diversen Gruppen wie dem Arbeitskreis gegen Vorratsdatenspeicherung organisierten Demonstration unter dem Motto »Freiheit statt Angst« mehr als 15.000 Menschen gegen Überwachung durch Geheimdienste, Behörden und Firmen auf die Straße.<sup>21</sup>

Obwohl seit Jahren ohne Ende Daten ausgespäht werden, war es für die bundesdeutschen Geheimdienste und die VerfassungsschützerInnen der Länder und des Bundes angeblich 10 Jahre nicht möglich, die Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) aufzuklären. Nach den Ende 2012 aufgedeckten Verstrickungen von BND und Verfassungsschutz mit der rechtsextremen Szene gab es mehr zu vertuschen als aufzuklären. Im April 2013 begann der Prozess gegen Beate Zschäpe. Ausländische Medien mussten sich für den NSU-Prozess in München erst einmal ein Mindestkontingent an Presseplätzen über das Bundesverwaltungsgericht erstreiten.<sup>22</sup> Im Verlauf des Prozesses bestätigten sich die Verflechtungen der Geheimdienste und des Verfassungsschutzes mit der rechten Szene und Kontakte von V-Leuten mit dem NSU. Parallel wurde in verschiedenen Untersuchungsausschüssen der Länder und des Bundestages das Versagen der bundesdeutschen Behörden offengelegt. Sie und deren V-Männer waren an rechten Gruppen und Netzwerken beteiligt, waren so auch in Straftaten verwickelt oder haben diese angeheizt. Im August 2013 wurde der Abschlussbericht des Bundestagsuntersuchungsausschusses zur NSU-Mordserie vorgelegt, der zudem die Behinderung der Arbeit des Untersuchungsausschusses durch betroffene Behörden feststellte.<sup>23</sup> Das Ausmaß der Eingebundenheit des Staates in die faschistische Szene wurde politisch verharmlost, strukturell hatten die Erkenntnisse der Untersuchungsausschüsse keine Konsequenzen. Im Mai 2013 berieten die Innenminister der

Länder auf ihrer Frühjahrskonferenz gerade mal darüber, dass zukünftig V-Männer bzw. V-Frauen »keine schweren Straftaten begehen dürften«.<sup>24</sup>

Zum Auftakt des NSU-Prozesses fand in München eine Anti-Nazi-Demonstration am 13. April 2013 statt. Ungefähr 7.000 TeilnehmerInnen folgten dem Aufruf eines breiten Bündnisses.<sup>25</sup> Es nahmen antifaschistische Gruppen aus dem Bundesgebiet, Vereine, Flüchtlingsorganisationen und Menschen mit eigenem Migrationshintergrund teil, die vom Alltagsrassismus in der BRD betroffen sind. Die sogenannte »bürgerliche Mitte« fehlte. SympathisantInnen und Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten in München erstmals das Kampagnenflugblatt 2013 »Zwischen Emanzipation und Faschisierung – Linker Widerstand in der EU«.

Der Kampf gegen Nazis auf der Straße ging auch 2013 weiter, wobei die Polizei unter Einsatz aller Mittel den Naziaufmärschen Schutz und damit Gelegenheit gab, zu marschieren. Im Januar 2013 wurden in Magdeburg angereiste Nazis mit einem spontan von der Polizei gecharterten Sonderzug in den Süden der Stadt verfrachtet, um dann zwar nicht in der Innenstadt, aber weitgehend unbehelligt zu marschieren, während Tausende von GegnerInnen massiv behindert wurden, in die Nähe der Nazis zu gelangen. In Dresden verhinderten in diesem Jahr an die 5.000 Menschen durch mehrere Blockaden erstmals den am 13. Februar stattfindenden Fackelzug der Nazis. Kurz davor war ein Teilnehmer der Anti-Nazi-Aktionen im Februar 2011 trotz fehlender Beweise wegen des angeblich geäußerten Spruchs »Kommt nach vorne« zu einem Jahr und 10 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Dass er während des Prozesses von seinem Recht Gebrauch machte, zu schweigen, wurde ihm negativ ausgelegt.<sup>26</sup> Dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König wird seit April 2013 in Dresden der Prozess wegen des angeblichen »Aufwiegelns der Massen« gemacht. Da auf den angeblich belastenden Videos vor allem prügelnde PolizistInnen zu sehen waren, wurde der Prozess Anfang Juli 2013 aus Mangel an Beweisen ausgesetzt.<sup>27</sup> Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken verteilten bei den Anti-Nazi-Aktionen in Magdeburg am 12. Januar 2013 und in Dresden am 13. Februar 2013 das Flugblatt »Kapitalismus abschaffen – Faschismus entwurzeln«.

Rund um den 1. Mai 2013 kam es in Frankfurt/Main, Berlin, Dortmund und Hamburg zu Gegenaktionen gegen die von NPD oder der 2011 gegründeten Partei Die Rechte angemeldeten Kundgebungen und Aufmärsche. In Frankfurt/Main blockierten AntifaschistInnen Bahngleise und stoppten damit schon die Anreise der Nazis. In Berlin konnten wegen des martialischen Polizeiaufgebots weder eine Ankett-Aktion an eine Betonpyramide, noch um die 5.000 GegendemonstrantInnen den Aufmarsch von 400 Nazis verhindern.<sup>28</sup> Der Bundestagswahlkampf ermöglichte der NPD bis Mitte September 2013 die Republik mit Hetzparolen zu überziehen. Gegen die Plakatparole »Geld für die Oma statt Sinti & Roma« wurden Strafanzeigen wegen Volksverhetzung gestellt. Nur sehr wenige Städte ließen, wie Hanau oder Bad Hersfeld, die Plakate einfach entfernen.<sup>29</sup> In den bundesdeutschen Behörden wabert noch immer rechtes Gedankengut, die NS-Geschichte ist bei weitem nicht aufgearbeitet. In der Gesellschaft äußert sich das im alltäglichen Rassismus.

Vor 20 Jahren, am 26. Mai 1993, beschloss der damalige Bundestag Änderungen in der Asylgesetzgebung, die das faktische Aus des Grundrechts auf Asyl zum Ergebnis hatten. Seitdem gab es mindestens 170 Tote und über 1.000 Selbstverletzungen aus Angst vor der Abschiebung bzw. als Protest.<sup>30</sup> Am 30. Juni 2013 wurde in München ein Camp hungerstreikender Flüchtlinge durch massive Polizeirepression mit den sogenannten Unterstützungskommandos (USK) der bayerischen Polizei geräumt.<sup>31</sup> Eine Gruppe von ungefähr 300 afrikanischen Flüchtlingen aus Libyen erreichte 2012 über Lampedusa, Italien, die Stadt Hamburg.

In Hamburg lebten sie ohne jegliche staatliche Unterstützung auf der Straße.<sup>32</sup> Inzwischen kämpfen sie unter dem Namen »Lampedusa in Hamburg« für ein Bleiberecht in der BRD nach § 23 Aufenthaltsgesetz als Gruppe anerkannter Kriegsflüchtlinge. Seit Mai 2013 gab es immer wieder Demonstrationen und Solidaritätsaktionen, die Kirchengemeinde St. Pauli brachte etwa 80 Personen in ihrer Kirche unter.<sup>33</sup> An einer bundesweiten Solidaritätsdemonstration am 2. November 2013 unter dem Motto »Solidarität mit Lampedusa in Hamburg« nahmen mit über 10.000 Menschen unerwartet viele teil und protestierten gegen die menschenverachtende und mörderische Flüchtlingspolitik der EU.<sup>34</sup> Der Aufruf »Solidarität mit Lampedusa in Hamburg« wurde auch von ÖkoLinX-ARL, Frankfurt, und dem BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken unterstützt.

In Berlin wurde ein Flüchtling des Protestcamps auf dem Oranienplatz von einem Passanten mit einem Messer attackiert.<sup>35</sup> Im März 2013 wurden die AktivistInnen der Aufklärungsaktion »Refugees Revolution Bustour« in Karlsruhe und Köln durch die Polizei massiv behindert, mit Pfefferspray und Hunden angegriffen und einige festgenommen.<sup>36</sup> An Standorten anderer Flüchtlingsheime wie in Hellersdorf, einem Stadtteil von Berlin, oder in Leipzig initiierten Nazis Kundgebungen oder Demonstrationen und heizten die Stimmung an. In der sächsischen 15.000-EinwohnerInnen-Stadt Schneeberg liefen am 19. Oktober 2013 bis zu 1.500 Menschen mit bei einem Fackelzug der NPD gegen die dort befindliche Erstaufnahmeunterkunft für Familien.<sup>37</sup> Am 16. November standen 1.500 AntifaschistInnen und 500 bürgerliche NazigegnerInnen 1.500 Nazis gegenüber.<sup>38</sup> Der Naziaufmarsch konnte wegen des Polizeischutzes nicht verhindert werden. Die NazibürgerInnen brüllten »Wir sind das Volk«. Die Aggressionen der Nazis und aufgehetzter BürgerInnen werden immer brutaler, auch 2013 gab es wieder Brandanschläge auf Asylbewerberheime.<sup>39</sup>

Ein Schwerpunkt 2013 war die bundesweite Kampagne »Fight Racism Now!« zum doppelten Jahrestag 20 Jahre Abschaffung des Grundrechts auf Asyl am 26. Mai 1993 und 20 Jahre Mordanschlag von Solingen am 29. Mai 1993. Die Kampagne wurde von uns Ganze!, Linksjugend [solid] Bundesverband, The VOICE Refugee Forum Germany u. a. getragen. Im Rahmen der Kampagne wurde bundesweit zu einer Demonstration in Berlin mobilisiert, die u.a. vom BundessprecherInnenrat der Ökologischen Linken unterstützt wurde. Am 25. Mai 2013 fanden in Solingen und Berlin Demonstrationen mit um die 1.000 bzw. 2.000 TeilnehmerInnen statt.<sup>40</sup> In Berlin kam es im strömenden Regen immer wieder zu Verzögerungen. Die Polizei führte rassistische Ausweiskontrollen<sup>41</sup> durch und ließ, wo immer es ging, die Demonstration im Regen stehen. Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2013.

Der Rechtsruck der Gesellschaft in der BRD, der sich auch im verstärkten Rassismus in der Mitte der Gesellschaft niederschlägt, fand seinen Ausdruck im Ergebnis der Bundestagswahl vom 22. September 2013. Erstmals schrammte eine rechtspopulistische<sup>42</sup> Partei wie die »Alternative für Deutschland« (AfD) mit 4,7 Prozent<sup>43</sup> knapp am Einzug in den Bundestag vorbei. Die AfD ist rechtspopulistisch, KandidatInnen auf den Landeslisten und ein zunehmender Anteil der Basis stehen rechtsextremem Gedankengut nah.<sup>44</sup> Das Wahlplakat der AfD mit dem Slogan »Die Griechen leiden Die Deutschen zahlen Die Banken kassieren«<sup>45</sup> und in Ostdeutschland deren Parole »Einwanderung ja, aber nicht in unsere Sozialsysteme«<sup>46</sup> sind Ausdruck der Ausländerfeindlichkeit und des rassistischen Denkens in der Partei.

Kerninteresse der AfD ist der Schutz der Besitzenden in Deutschland vor Beteiligungsansprüchen der Besitzlosen auf nationaler und internationaler Ebene. AfD Bundesvorstandsmitglied Lucke sprach sich bereits 2005 für Lohnkürzungen für Geringverdienende aus.

Lucke meinte, diese könnten »durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft« abgedeckt werden. Zudem seien »weitreichende Einschnitte [... in] die Sozialsysteme« erforderlich.<sup>47</sup> 2006 stellte Konrad Adam, Sprecher des AfD Bundesvorstands, das allgemeine Wahlrecht in Frage.<sup>48</sup> Roland Vaubel, wissenschaftlicher Beirat der AfD, behauptete 2007 eine angebliche »Tyrannei der Mehrheit«, die von den Menschen ausgehe, die auf staatliche Subventionen angewiesen sind, und diskutierte Möglichkeiten der Änderung des Wahlrechts zugunsten der Besitzenden – vom Zwei-Klassen-Wahlrecht bis zum Ausschluss der Armen vom passiven Wahlrecht.<sup>49</sup> Die Forderung im Wahlprogramm der AfD nach einer »geordneten Auflösung des Euro-Währungsgebietes«<sup>50</sup> soll deutsche Transferzahlungen an die Länder, die die Folgen der Weltwirtschaftskrise in Europa tragen, beenden. Ziel der AfD ist die Rückzahlung der Schulden an das deutsche Kapital, an die Banken.<sup>51</sup> Die Wählerwanderung aus fast allen großen Parteien zur AfD belegt den Rechtsruck der Mitte der Gesellschaft und zeigt auch, wie weit dieser in das Wählerpotenzial der Linkspartei hineinreicht.<sup>52</sup>

Die Ökologische Linke beteiligte sich an den Aktivitäten gegen die Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober 2013 in Stuttgart. Ein Vertreter der Ökologischen Linken Stuttgart/Schwäbisch Gmünd hielt auf der Auftaktkundgebung der antinationalen Demonstration »Kein Grund zum Feiern – Gegen Staat, Nation und Kapital« einen Redebeitrag.<sup>53</sup> Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2013 »Zwischen Emanzipation und Faschisierung – Linker Widerstand in der EU«. 2014 wird die zentrale Einheitsfeier in Hannover stattfinden.

Vom gesellschaftlichen Roll back sind Frauen besonders betroffen. Das maßgeblich von der CSU durchgesetzte Betreuungsgeld unterstützt die Abhängigkeitsverhältnisse von Frauen. In Berlin fand am 21. September 2013 ein sogenannter »Marsch für das Leben« mit 2.000 TeilnehmerInnen statt, bei dem aggressive AbtreibungsgegnerInnen mit weißen Kreuzen durch Berlin zogen. Gegen den Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und die Verbreitung eines reaktionären Frauenbildes fanden sich an der Demonstrationsroute nur ca. 200 GegnerInnen zu einer Kundgebung ein.<sup>54</sup> Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2013. Wenigstens kann das seit dem 1. November 2013 geltende Recht, Neugeborene ohne Eintrag des Geschlechts in das Geburtenregister eintragen zu können, als Erfolg eines seit den 1970er Jahren geführten Kampfes auf sexuelle Selbstbestimmung gewertet werden.<sup>55</sup>

Vor der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa gab es Anfang Oktober 2013 mehr als 300 Tote beim Untergang eines Flüchtlingsschiffes, in den folgenden Wochen bezahlten weitere Hunderte von Menschen ihren Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen, mit dem Tod.<sup>56</sup> Die Sicherung der Außengrenzen durch die EU mordet kontinuierlich Tausende Menschen. Damit die Menschen es möglichst gar nicht bis in europäische Hoheitsgewässer schaffen, verstärkte die EU die Überwachung des Mittelmeeres. Weitere Bausteine des European Border Surveillance System (EUROSUR), einem technischen Grenzüberwachungssystem zur logistischen Unterstützung der EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen FRONTEX wurden Ende Oktober 2013 vom Europäischen Parlament und dem Rat beschlossen. Für die Mitgliedstaaten an der südlichen und östlichen Außengrenze der EU gilt die EUROSUR-Verordnung ab dem 1. Dezember 2013, für die restlichen sieben Mitgliedstaaten erst ab dem 1. Dezember 2014.<sup>57</sup> Die EU will Flüchtlinge bereits in internationalen Gewässern zurückweisen, gegen die Genfer Konvention und den europäischen Menschenrechtsgerichtshof. Dafür soll FRONTEX die Erlaubnis bekommen und auf die Ausrüstung und das notwendige Personal des Militärs der EU-Staaten zugreifen können. FRONTEX entscheidet also künftig

darüber, wer in Europa Asyl beantragen kann bzw. wird jetzt auch EU-Halblegal zur Asylverhinderung-Agentur. Die Militarisierung der EU-Außengrenzen wird vorangetrieben.<sup>58</sup>

Das EU-Parlament hat am 12. Juni 2013 die Neufassung der Aufnahme-Richtlinie, der Dublin-Verordnung und der Asylverfahrensrichtlinie der EU beschlossen.<sup>59</sup> Mit diesem Paket soll die Aufnahme von Asylsuchenden in allen EU-Staaten vereinheitlicht werden. Darin wird die Möglichkeit, Asylsuchende zu inhaftieren, festgeschrieben, Kinder und Jugendliche werden nicht grundsätzlich ausgenommen! Als Haftgrund reicht die »Gefährdung der nationalen Sicherheit und Ordnung« oder die Notwendigkeit einer »Beweissicherung« aus. Vor der Neufassung war das bereits in 12 der 27 EU-Staaten möglich.

Auf der EU-Innenministerkonferenz im Mai 2013 hetzte Innenminister Friedrich gegen BürgerInnen aus Osteuropäischen Ländern als »Armutseinwanderer«, die er »ohne großes Federlesen wieder rausschmeißen« lassen wird.<sup>60</sup> Der Deutsche Städtetag sah aufgrund der als »Armutszuwanderer« betitelten Menschen aus Rumänien und Bulgarien gar »den sozialen Frieden in den Städten in höchstem Maße gefährdet«. <sup>61</sup> 80 Prozent der seit 2007 in die BRD zugewanderten Menschen aus Rumänien und Bulgarien gehen einer Erwerbsarbeit nach.<sup>62</sup> Die Hetze gegen Roma und Sinti wird in der BRD von einem tief verwurzelten Rassismus gespeist.

In vielen Ländern wie in Bulgarien, Griechenland, Italien, Mazedonien, der Tschechischen Republik, Rumänien, Serbien, der Slowakei und Slowenien werden Roma-Lager zwangsgeräumt.<sup>63</sup> Im EU-Mitgliedsland Ungarn wurden Roma und Sinti angegriffen, vertrieben und getötet, sie werden von vielen als minderwertig angesehen und mit Tieren gleichgesetzt.<sup>64</sup> Im Sommer 2013 stellte die Stadtverwaltung von Odz bei brütender Hitze die Wasserversorgung für eine Romasiedlung ab.<sup>65</sup> In Frankreich stiegen unter dem sozialistischen Innenminister Manuel Valls 2013 die Zwangsräumungen dramatisch an, mehrere Tausend Roma und Sinti waren betroffen. Sie mussten nach den Räumungen auf der Straße leben, sofern sie nicht gleich abgeschoben wurden.<sup>66</sup> Im Oktober 2013 gab es wahrnehmbare Proteste gegen den Umgang mit Roma und Sinti bis in die Sozialistische Partei hinein. Auslöser war die Abschiebung eines Roma-Mädchens, die vor den Augen ihrer Schulklasse aus einem Bus gezerrt wurde, um sie dann mit ihrer Familie in den Kosovo abzuschieben.<sup>67</sup>

Am 11. November 2013 beteiligten sich in Warschau, Polen, bis zu 100.000 Menschen am »Marsch der Unabhängigkeit«, der in den letzten Jahren von Rechtsradikalen übernommen wurde und zu dem 2013 durch das rechtsextreme Bündnis »Nationale Bewegung« aufgerufen wurde. Die Polizei griff nicht einmal ein, als Pressefotografen angegriffen wurden. Ein führender Politiker konnte im polnischen Fernsehen antisemitische Scheiße verbreiten, ohne dass dem widersprochen wurde.<sup>68</sup>

In Griechenland wurde am 18. September 2013 der mit dem antikapitalistischen Bündnis ANTARSYA sympathisierende linke Rapper KillahP von einem Mitglied der faschistischen Goldenen Morgenröte (Chrysi Avgi) erstochen.<sup>69</sup> Zehntausende gingen landesweit gegen den menschenverachtenden Rechtsextremismus auf die Straße. Die faschistische Gruppe Goldene Morgenröte tritt am aggressivsten gegen Linke und MigrantInnen auf, sie hat auch Einfluss in der Polizei. Inzwischen wurde die Immunität von Abgeordneten der Goldenen Morgenröte aufgehoben und Anklage wegen Straftaten gestellt.<sup>70</sup> Zwei Mitglieder der Goldenen Morgenröte wurden laut einem Bekennerschreiben als Vergeltung für den Tod des Musikers erschossen.<sup>71</sup>

Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise werden weltweit immer brutaler, aber immer mehr Menschen beginnen sich zu wehren. Auch in sogenannten Schwellenländern wie China, Indien oder Brasilien verstärkten sich die negativen Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise.<sup>72</sup> Weltweit hungern mindestens um die 900 Millionen Menschen und der Hunger geht laut NGOs wie der Menschenrechtsorganisation FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk (FIAN) nicht zurück. Die neue Statistikmethode der Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO) senkt die Zahlen.<sup>73</sup> Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) rechnet für 2013 mit etwa 202 Millionen Arbeitslosen weltweit.<sup>74</sup> In Griechenland sind 40 Prozent ärmer als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise.<sup>75</sup> Und die Reichen sind in der Weltwirtschaftskrise reicher geworden. Zum Beispiel die USA. Die 400 reichsten US-AmerikanerInnen haben ein Gesamtvermögen von ca. 2 Billionen US-Dollar oder 1,5 Billionen Euro, doppelt so viel wie vor 10 Jahren und 300 Milliarden US-Dollar mehr als 2012.<sup>76</sup> Die dramatische Steigerung der Top-Einkommen in den USA seit den 1970er Jahren konnte die Weltwirtschaftskrise nicht aufhalten. 2012 bezogen die obersten 10 Prozent 50,4 Prozent aller Einkommen.<sup>77</sup> Der Widerstand in diesen Ländern wird breiter und radikaler.

In Sao Paulo in Brasilien entzündeten sich an den Fahrpreiserhöhungen für Busse Demonstrationen, die sich auf andere Metropolen im Land übertrugen. Die Fahrpreiserhöhungen für Busse wurden zurückgenommen, aber nach wie vor gibt es Demonstrationen, auch mit Forderungen nach besserer Gesundheitsversorgung, einem besseren Bildungssystem, für die Rechte von Frauen, Homosexuellen oder Menschen, denen die Zwangsumsiedlung drohte, bis zur Bestrafung korrupter Politiker,<sup>78</sup> die immer wieder in Kämpfen gegen die Polizei endeten.<sup>79</sup> Nachdem ein Jugendlicher Ende Oktober 2013 von einem Polizisten erschossen wurde, radikalisierten sich die Demonstrationen, die sich auch gegen Willkür und Gewalt der Polizei richten.<sup>80</sup>

Für ein staatliches, besseres Bildungssystem gehen seit 2011 in Chile SchülerInnen und StudentInnen auf die Straße und werden regelmäßig niedergeknüppelt. Sie werden unterstützt von der Jugendorganisation der kommunistischen Partei. Für die Meisten ist eine qualitativ hochwertige Bildung in dem privatisierten Bildungssystem nicht bezahlbar. Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen flammten 2013 die Kämpfe wieder auf. Der Kampf der SchülerInnen und StudentInnen für ein kostenloses und besseres Bildungssystem erfährt wenig Unterstützung durch andere Kräfte.<sup>81</sup> Jahrzehnte nach dem Ende der Pinochet-Diktatur 1989 wurde mit einer Verfassungsreform 2005 zwar der Einfluss des Militärs zurückgedrängt, aber der völlig freie Markt und die totale Privatisierung von Renten-, Bildungs- und Gesundheitssystem, der Wasser- und Energieversorgung bis hin zu Infrastruktur und den Kupfervorkommen im Norden des Landes,<sup>82</sup> mit der unter Pinochet die Extraprofiten der herrschenden Schicht gesichert wurden, wird bis heute nicht angetastet. Die Profiteure der Diktatur steuern noch immer die Wirtschaft und vor allem auch die Medien. Eine inhaltliche Aufarbeitung der Diktatur erfolgte nicht, die Gesellschaft ist gespalten und die Regierungen, an denen sich bis 2010 die Sozialistische Partei Chiles (Partido Socialista de Chile, PS) beteiligte, hatten die Interessen der bestehenden Oligarchie gewahrt.<sup>83</sup> Die Kommunistische Partei Chiles (Partido Comunista de Chile, PCCh oder auch PC) wird sich jetzt erstmals an einer sozialistischen Mehrheitsregierung beteiligen.<sup>84</sup>

In den Staaten des sogenannten arabischen Frühlings verschärfen sich die Auseinandersetzungen, verschiedene Interessensgruppen ringen um Einfluss. In Ägypten wurde nach wochenlangen Protesten durch das Militär der Präsident der Muslimbruderschaft gestürzt. Die Muslimbruderschaft wird nun verfolgt, die Bevölkerung ist gespalten. Letztlich wurde deutlich, dass in Ägypten nach wie vor nur der regiert, der die Interessen, auch die wirtschaftlichen, des mächtigen Militärapparates nicht antastet. In Tunesien unterdrückt die

Regierung Kritik und Aufstände durch Repression. Ein Rapper wurde zu einer Gefängnisstrafe verurteilt, weil sich seine Songtexte gegen die Polizei richten.<sup>85</sup> KünstlerInnen artikulieren in Tunesien die Interessen der Ärmsten und der säkularen Mittelschicht.

Die 2013 in der Türkei stattfindenden Proteste entzündeten sich ursprünglich an der Umgestaltung des Gezi-Parks in Istanbul. Die Grünfläche sollte einem Einkaufszentrum und großen Straßen weichen. Bei der Räumung eines Protestcamps prügelte die Polizei brutal auf DemonstrantInnen ein und vernebelte ganze Stadtteile mit dem gesundheitsschädlichen Pfefferspray.<sup>86</sup> Die Polizeigewalt löste Proteste auch in anderen Städten der Türkei aus. Bei den folgenden Protesten wurden landesweit 8000 Menschen verletzt, 104 mit schweren Kopfverletzungen, auf offener Straße wurde durch die Polizei gefoltert, z. B. Augen ausgestochen. Insgesamt verloren 11 Menschen Augen. Sechs Demonstranten und ein Polizist starben bisher.<sup>87</sup> Immer wieder kam es zu Demonstrationen oder anderen Protestformen, die die gespaltene türkische Gesellschaft aufzeigen. Bauprojekte wie der Tunnelbau in Istanbul sind auch Beschäftigungsprogramme, die ein Versuch der Krisenbewältigung sind. Staatschef Erdogan wird von islamistischen Kräften vor allem im ländlichen Raum unterstützt, das säkulare, aufgeklärte Bürgertum überwiegend in den Städten will die Bevormundung durch eine islamistisch geprägte Gesellschaft und religiöse Dogmen nicht dulden. Forderungen der DemonstrantInnen richten sich auch gegen die zunehmende Islamisierung der Politik, gegen die repressive Politik Erdogans und die Verfolgung von Linken und KommunistInnen. Das repressive Vorgehen der Polizei erzeugte Ausdrucksformen des Widerständigen, wie dem schweigenden Stillstehen oder Aktionen, wie dem Anstreichen von öffentlichen Treppenanlagen in Regenbogenfarben.<sup>88</sup>

Am 24. April 2013 starben in Bangladesch beim Einsturz einer mehrgeschossigen Textilfabrik 1.129 Menschen, nahezu alles Frauen. Hunderte wurden verletzt.<sup>89</sup> Hunderttausende demonstrierten für bessere Arbeitsbedingungen.<sup>90</sup> Durch die Weltwirtschaftskrise verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen und überall trifft es Frauen besonders hart. Sie verlieren als erste die Arbeit und werden in traditionelle Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse zurückgedrängt. In Griechenland sind laut der internationalen Arbeitsorganisation ILO 60,4 Prozent junge Frauen arbeitslos, bei den Männern 15 Prozent weniger.<sup>91</sup>

In Griechenland werden trotz anhaltender Proteste die Sparmaßnahmen der sogenannten Troika aus Europäischer Zentralbank EZB, EU-Kommission und Internationalem Währungsfond IWF durchgesetzt. 2013 fanden mehrere Streiks statt, die den Namen Generalstreik trugen, jedoch oft nur Teile der Lohnabhängigen betrafen und die keine Wirkung auf das Abstimmungsverhalten der Parlamentsmehrheit hatten. Die griechische Regierung schloss Mitte Juni 2013 den staatlichen Rundfunk, entließ die ca. 2.700 Angestellten und versuchte so, eine unabhängige Berichterstattung zu unterbinden. Ca. 50 Menschen hielten das Gebäude besetzt und sendeten via Internet weiter. Am 7. November 2013 wurde das Gebäude dann von der Polizei gestürmt und geräumt.<sup>92</sup> Das bisherige linke Parteienbündnis Syriza gründete sich in eine Partei um, der linkssozialdemokratische Kurs wurde damit fortgeführt und gefestigt. Im Land selbst wird im Umfeld von Alpha Kappa (AK) in basisdemokratisch organisierten Projekten mit regionaler Vernetzung versucht, Freiräume zur Existenzsicherung zu eröffnen und gegen den Staat zu verteidigen. Einzelne Betriebe wurden nach deren Stilllegung von den ArbeiterInnen übernommen und die Produktion in Selbstverwaltung wieder aufgenommen.

Neben mehreren Streiks und Demonstrationen fand in Portugal am 18. Oktober 2013 ein landesweiter Generalstreik gegen die Sparpolitik der konservativen Regierung statt, zu der



die beiden großen Gewerkschaftsverbände CGTP und UGT aufrufen. Das öffentliche Leben wurde lahmgelegt. Große Demonstrationen am 19. Oktober 2013 unter dem Motto »Zum Teufel mit der Troika« begleiteten die Streiks.<sup>93</sup> Seit dem Erhalt von Notkrediten der EU im Mai 2011 werden dem Land durch EU und Internationalen Währungsfonds (IWF) restriktive Sparmaßnahmen aufgezwungen. Die bisher durchgesetzten Sparmaßnahmen führten zu mehr Armut, zu niedrigeren Löhnen und Renten. Die Arbeitslosigkeit betrug 2013 fast 18 Prozent, unter jungen PortugiesInnen waren es über 40 Prozent.<sup>94</sup> Nach den Massenprotesten Anfang 2012 sah sich die Regierung gezwungen, Teile der Spardiktate der Troika zurückzunehmen. Das Verfassungsgericht kippte auf Druck der Straße 2013 wiederholt sogenannte Sparmaßnahmen der konservativen Regierung wie die beabsichtigte Entlassung von BeamtInnen oder Gesetzesänderungen aus dem vergangenen Jahr, mit denen Rechte der Lohnabhängigen ausgehöhlt werden sollten.<sup>95</sup> Die RichterInnen urteilten, dass die Abschaffung des 14. Monatsgehaltes für Staatsdiener und RentnerInnen, der Abgaben auf Arbeitslosenhilfe und des Krankengeldes nicht verfassungsgemäß wären.<sup>96</sup> Die nach dem Ende der Diktatur zum Teil auch auf die Sicherung sozialer Menschenrechte verpflichtete Verfassung in Portugal konnte aufgrund der politischen Verhältnisse bisher nicht ausgehöhlt werden.

Spaniens konservative Regierung will bis zu 600.000 Euro Strafe für soziale Proteste mit dem Gesetz zum Schutz der Bürger. Wer nicht mit den PolizistInnen zusammenarbeitet, sie beleidigt, bedroht oder keinen Respekt hat, soll bis zu 30.000 Euro zahlen. Es ist ein Gesetz gegen den M-15, die Bewegung der Empörten, gegen die Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Die Opposition sieht Spanien auf dem Weg von einem autoritären zu einem totalitären System und spricht von einem »Staatsstreich in Zeitlupe«.<sup>97</sup>

In Lettland senkte die konservative Landesregierung Gehälter des öffentlichen Dienstes, Renten und den Mindestlohn drastisch, die Jugendarbeitslosigkeit stieg auf 20 Prozent. In Riga regiert jedoch ein linksgerichtetes Bündnis »Zentrum für Harmonie«, in dem seit vier Jahren auch KommunistInnen vertreten sind. Die Stadtregierung setzt den Etat überwiegend ein für soziale Zwecke wie günstige Wohnungen, Unterstützung von Armen, Verbesserung der Schulen und die Versorgung von Kindern.<sup>98</sup>

In Deutschland profitieren weiterhin diejenigen, die sich auch vor der Krise bereichern konnten. Die reichsten 10 Prozent der Menschen in der BRD verfügen über 53 Prozent des Nettovermögens, die ärmeren 50 Prozent nur etwas über ein Prozent.<sup>99</sup> Obwohl auch hier die Krisenfolgen auf ArbeiterInnen und Arme abgewälzt werden, gibt es nur geringen Widerstand gegen Lohndumping, Leiharbeit, die dramatische Verbreitung von Werkverträgen oder die Ausbeutung von MinijobberInnen. In den Automobilkonzernen ist nahezu jede dritte Arbeitsstelle über eine Werkvertragsfirma besetzt, die häufig genutzt werden, um die Löhne zu drücken.<sup>100</sup> Und die neue Große Koalition von CDU und SPD plant die Einschränkung des Streikrechts für kleine Gewerkschaften.<sup>101</sup> Immer mehr Menschen arbeiten in zwei oder drei Jobs,<sup>102</sup> weil eine Beschäftigung zur Deckung des Notwendigsten nicht ausreicht. Die Schere zwischen Arm und Reich wird größer. Besonders spürbar wird das in den Städten, immer mehr Menschen können die Miete nicht mehr bezahlen,<sup>103</sup> die Zahl der Wohnungslosen erhöht sich seit 2008 bundesweit.<sup>104</sup> In Berlin stieg die Zahl der Zwangsräumungen in den letzten Jahren an, im April 2013 starb eine Frau nach der Zwangsräumung. Vor allem in Berlin solidarisieren sich Menschen und organisieren Widerstand, vereinzelt gelingt auch die Verhinderung. Die Walpurgisnächtdemonstration mit um die 1.000 TeilnehmerInnen<sup>105</sup> am 30. April 2013 durch den Berliner Stadtteil Wedding unter dem Motto »Take Back The City – Nimm was dir zusteht!« thematisierte die Gentrifizierung ganzer Stadtteile. Verschiedene Bündnisse riefen für den 29. September 2013 zum bundesweiten Aktionstag »gegen

steigende Mieten und die Verdrängung« auf. Zu den Aktionen des Berliner Aktionsbündnis »Wir bleiben alle« kamen mehr als 3.000 TeilnehmerInnen. In Hamburg nahmen mehr als 5.000 an der Demonstration des Bündnisses »Mietenwahnsinn stoppen« teil. Kleinere Demonstrationen gab es Düsseldorf, Freiburg, Bremen und Leipzig. In Frankfurt am Main rief das Aktionsbündnis »Wem gehört die Stadt« unter dem Motto »Keine Profite mit der Miete« auf.<sup>106</sup> Mitglieder der Ökologischen Linken verteilten dort das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2013.

Die Revolutionäre 1. Mai-Demonstration in Berlin unter dem Motto »Die Einzige Lösung – Revolution! Zusammen kämpfen gegen Kapitalismus, Krise und Krieg« mit über 10.000 TeilnehmerInnen konnte dieses Jahr ihre Route nach Berlin Mitte durchsetzen, wobei die Polizei durch eine starke Präsenz an neuralgischen Punkten versuchte, Aktionen aus der Demonstration im Keim zu ersticken. Nach dem Ende der Kundgebung wurde den TeilnehmerInnen durch die Polizei der direkte Weg zu U- und S-Bahn versperrt und weitläufige Umwege erzwungen. Auf den Revolutionären 1. Mai-Demonstrationen in Berlin, Nürnberg und Stuttgart verteilten Mitglieder und SympathisantInnen der Ökologischen Linken massenhaft das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2013 »Zwischen Emanzipation und Faschisierung – Linker Widerstand in der EU«.

In Berlin-Kreuzberg fand am 2. Mai 2013 ein öffentliches Gespräch des BundessprecherInnenrats der Ökologischen Linken und der Ökologischen Linken Berlin mit dem Titel »Zwischen Emanzipation und Faschisierung – Linker Widerstand in der EU« statt, auf der die Krisenauswirkungen und der Widerstand in EU-Europa diskutiert wurde.

Das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2013 mit dem Titel »Zwischen Emanzipation und Faschisierung – Linker Widerstand in der EU« wurde zum Termin der Anti-Nazi-Demonstration in München am 13. April 2013 fertiggestellt. Wie die Jahre davor wurde das Flugblatt bei wesentlichen politischen Aktionen des gesamten Jahres verteilt, um so unsere Positionen bundesweit in linke und linksradikale Debatten einzubringen. Insgesamt konnten um die 30.000 Stück während des ganzen Jahres verteilt werden. In dem Flugblatt wird aufgezeigt, wie und mit welchen Auswirkungen für die Menschen im siebten Jahr der Weltwirtschaftskrise das Kapital in den kapitalistischen Zentren, allen voran das deutsche, die Folgen der Krise auf die Peripherie abwälzt. Rassismus wird geschürt, die totale Überwachung ausgebaut. Aber es regt sich Widerstand gegen die Herrschenden, gegen die Barbarei des Kapitals.

Vom 29. Mai bis 1. Juni 2013 fanden die diesjährigen Aktionstage von Blockupy unter dem Motto »Widerstand gegen das europäische Krisenregime« in Frankfurt am Main statt. Der 31. Mai war der Blockupy-Tag für Aktionen des zivilen Ungehorsams zur Kenntlichmachung von Krisengewinnlern.<sup>107</sup> Etwa 2.500 Menschen beteiligten sich in der Stadt an der Umzingelung der alten Europäischen Zentralbank (EZB).

Blockupy ist ein Bündnis von überwiegend linken und linksradikalen Kräften, die sich in großen Teilen um die Linkspartei gruppieren bis hin zu reformistischen Kräften, deren rechter Rand offen ist für irrationales, antisemitisches Denken. Gruppen der IL antirassistische Gruppen, Ums Ganze, die Ökologische Linke und andere riefen an diesem Tag zu einer antirassistischen Demonstration gegen den Abschiebeflughafen Frankfurt auf. Es kamen etwa 800 Menschen.<sup>108</sup> Die Polizei verhinderte eine Demonstration mit dem Einsatz von Pfefferspray gegen die ersten Reihen. Nach Verhandlungen mit der Polizei durften 200 Menschen im Terminal demonstrieren. Sie brandmarkten den Airport als einen der größten

Abschiebeflughafen Europas.<sup>109</sup> 600 Menschen wurde das Demonstrationsrecht im Flughafengebäude verfassungswidrig verweigert.

Am Samstag, den 1. Juni 2013 sollte eine internationale Großdemonstration gegen die kapitalistische Politik der Troika aus IWF, EZB und EU-Kommission stattfinden. Ungefähr 15.000 bis 20.000 DemonstrantInnen, darunter spanische und italienische Blöcke zogen auf der gerichtlich genehmigten Demonstrationsroute in Richtung Europäische Zentralbank im Zentrum Frankfurts. Die EZB war mit Nato-Stacheldraht gesichert.<sup>110</sup>

Nach etwa 800 Metern wurde die Demonstration gestoppt und von Hundertschaften gut gepanzerter PolizistInnen mit einem brutalen Pfeffersprayeinsatz angegriffen. Sie kesselten die Demonstrationsspitze ein. Die Menschen mussten dort bis zu 10 Stunden ausharren. Aus dem Kessel, in dem sich etwa 1.000 DemonstrantInnen befanden,<sup>111</sup> wurden immer wieder Menschen gewaltsam abgeführt, was u. a. hieß, dass sie mit Fäusten ins Gesicht geschlagen wurden oder Tonfa-Knüppel in den Unterleib gerammt bekamen. Bei den systematisch angewendeten Foltergriffen wurden Sehnen überdehnt, Nasen hochgerissen, Augen gedrückt, Glieder verrenkt und Nerven gequetscht. Es können lebenslange körperliche Schmerzen und Schädigungen zurückbleiben. Selbst Verletzte wurden zum Teil im Kessel, ohne Toilette, festgehalten.<sup>112</sup>

Die Offenheit mit der dieser, selbst in der konservativen Presse als unverhältnismäßig dargestellte, Polizeieinsatz durchgeführt wurde, zeigt, dass dieser von höchster Stelle gedeckt war. Es gibt Indizien dafür, z. B. DemonstrationsteilnehmerInnen, die vor Ort gewarnt wurden, dass es so etwas wie ein Drehbuch gegeben haben muss.<sup>113</sup> Es ging den Herrschenden offenbar nur um ein Ziel, nämlich die Verhinderung von Bildern des Protestes an der EZB.<sup>114</sup> Diese wären als Zeichen der Solidarität mit den Opfern der mörderischen kapitalistischen Politik der Troika um die Welt gegangen.

»Es sollten keine Signale der Solidarität aus einem Zentrum des Kapitalismus, aus dem Herzen der Bestie, nach Madrid, Rom oder auf den Taksim Platz ausstrahlen.«<sup>115</sup> Dafür hat der Staat Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Vereinzelt gab es in den Reihen der Polizei Fassungslosigkeit über die Gewalt ihrer KollegInnen. In den folgenden Pressekonferenzen rechtfertigten der hessische CDU-Innenminister Boris Rhein, der Einsatzleiter Harald Schneider und der Polizeipräsident Frankfurts Achim Thiel die Gewalttaten.<sup>116</sup> Rücktrittsforderungen seitens der hessischen Jusos, der Verweis auf das Brockdorf-Urteil seitens der Grünen und die Forderung nach lückenloser Aufklärung müssen als billig und wahlkampfgeleitet gewertet werden.

Am darauffolgenden Samstag fand eine Solidaritätsdemonstration mit Blockupy mit ca. 8.000 Leuten statt. In ihrer Rede am Ort des Polizeikessels, zeigte Jutta Ditfurth auf, dass es dem Staat in Zeiten der kapitalistischen Krise u. a. darum geht, nachfolgende, kritische Generationen von Protest und Widerstand abzuhalten. »Etliche Polizisten zeigten eine faschistoide Mentalität, sie wären ohne Einarbeitungszeit in jedem diktatorischen System einsetzbar.«<sup>117</sup> Dass es bei dieser Demonstration VertreterInnen von Staat und Kapital nicht gelungen ist, den antikapitalistischen Block vom Rest der Demonstration zu spalten, wertete sie als Erfolg. Der Polizeikessel auf der M31-Demonstration im März 2012 wurde vom Landgericht Frankfurt für rechtswidrig erklärt.<sup>118</sup>

Bei der Demonstration am Flughafen Frankfurt wie bei der Demonstration am 1. Juni 2013 beteiligte sich die Ökologische Linke und verteilte Kampagnenflugblätter. Sowohl vom Blockupy-Bündnis als auch vom M31-Bündnis ist geplant, die Eröffnung der neuen EZB nicht

ungestört zu lassen. Der Termin der Einweihung der EZB wird für den Herbst 2014 angenommen. Das M31-Bündnis arbeitet auf einer antikapitalistischen und antinationalen Grundlage. Kapitalismus ist die Krise. Konkret heißt das für die Mobilisierung, dass die Bedeutung der EZB für die Krisenverwaltung in Europa, also auch ihre politische Funktion und die besondere Rolle Deutschlands hierbei beschrieben werden sollen. An den Protesttagen um die EZB-Eröffnung ist ein eigenständiges Auftreten d. h. eigene Demonstration, Aktionen und ein Zelt im antikapitalistischen Camp geplant. Solidarität mit anderen in Europa aufbrechenden Kämpfen ist ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit. Im Frühjahr 2014 wird eine Zeitung von M31 herausgebracht. Sie soll die Vielfalt der Kämpfe gegen die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise aufzeigen.

Für den von den USA durchgesetzten und 2011 beschlossenen europäischen Raketenabwehrschirm der NATO (North Atlantic Treaty Organization) waren letztes Jahr Radaranlagen in der Türkei aufgebaut worden, Ende Oktober 2013 gab es nun die Grundsteinlegung für die erste Raketenstellung mit US-Abfangraketen im Nordwesten Rumäniens.<sup>119</sup> 2020 soll das System vollständig einsatzbereit sein. Die Koordination der Raketenstellungen wird wesentlich durch den US-Militärstützpunkt Ramstein erfolgen.<sup>120</sup> Ebenso ist Ramstein eine US-Zentrale für den weltweiten Drohneneinsatz. Für die Herausforderungen der Aufstandsbekämpfung weltweit sollen NATO-SoldatInnen in einer Übungsstadt geschult werden, die derzeit in der Colbitz-Letzlinger Heide gebaut wird.<sup>121</sup> Auch dieses Jahr haben trotz massiver Repression und Verboten ein Protestcamp und Aktionen gegen das Vorhaben stattgefunden.

Schon zum 49. Mal trafen sich in München LobbyistInnen, PolitikerInnen, Militärs und Konzernchefs auf der Sicherheitskonferenz in München Anfang Februar 2013. Sie wurden von 330 SoldatInnen umgeben und um die 3.400 PolizistInnen schützten sie vor Anfeindungen und BürgerInnenkontakt. Auf der Demonstration gegen die NATO-Sicherheitskonferenz am 2. Februar 2013 mit ca. 3.500 TeilnehmerInnen verteilte die Ökologische Linke das Kampagnenflugblatt der Ökologischen Linken 2012 »Für einen heißen Herbst gegen das Elend, das aus Deutschland kommt«.

Im September 2013 in Afghanistan wurden erneut auf deutsche Anforderung hin, ZivilistInnen durch US-Drohnen bombardiert und getötet,<sup>122</sup> Unter großer medialer Aufmerksamkeit zog sich die Bundeswehr aus dem Feldlager Kunduz zurück und übergab die Leitung am 6. Oktober 2013 an afghanische Militärs.<sup>123</sup> Es wurde der Anschein erzeugt, dass sich die BRD aus Afghanistan zurückzieht, aber auch über 2014 hinaus sollen SoldatInnen der Bundeswehr in einem verharmlosend Trainingsmission genannten Einsatz in Afghanistan stationiert bleiben.<sup>124</sup> 300.000 deutsche SoldatInnen waren seit Anfang der 1990er Jahre auf drei Kontinenten im Einsatz,<sup>125</sup> deutsche Waffensysteme stehen in aller Welt. In Brasilien sollen mit Gepard-Panzern unter anderem die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016 geschützt werden.<sup>126</sup> Saudi-Arabien ist Hauptabnehmer deutscher Rüstungsexporte<sup>127</sup> und eine sogenannte strategische Partnerschaft mit den Vereinigten Arabischen Emiraten drückt sich unter anderem in regelmäßigen Waffenlieferungen aus, 2013 mit der Lieferung eines speziellen für die Anforderungen der dortigen Küstengewässer entwickelten Minenlegers. Die deutsche Nobiskrug-Werft, die das Kriegsschiff baute, wurde 2009 von einer Firma aus den Vereinigten Arabischen Emiraten gekauft, stieg 2010 wieder in den Bau von Kriegsschiffen ein und der Bundessicherheitsrat genehmigte 2011 die Lieferung des jetzt in der Erprobung befindlichen Kriegsschiffs.<sup>128</sup>

Anfang September 2013 schloss Angela Merkel eine deutsche Beteiligung im Syrienkonflikt aus und spielte die Friedensmissionarin beim G20-Gipfel durch das Nichtunterschreiben einer von den USA vorgelegten Syrien-Erklärung am 6. September 2013 zum Giftgaseinsatz

in Syrien. Sie versuchte damit von der Rolle deutscher Konzerne und der Bundeswehr bei der Bewaffnung der ganzen Region abzulenken. Unterschrieben wurde dann zwei Tage später unter Hinweis auf ein gemeinsames Vorgehen aller EU-Staaten dennoch.<sup>129</sup> Längst ist die BRD jedoch im Syrienkonflikt präsent. Deutsche Patriot-Raketen sind seit Jahresbeginn an der türkischen Grenze zu Syrien im Einsatz.<sup>130</sup> Deutsche Konzerne lieferten bis Ende April 2011 Chemikalien nach Syrien, die auch für die Herstellung von Chemiewaffen hätten verwendet werden können.<sup>131</sup> Die Staaten der Region wie Saudi-Arabien oder die Vereinigten Arabischen Emirate werden mit Panzern und Kriegsschiffen ausgerüstet und damit beim Wettrüsten in der Region gestärkt.<sup>132</sup>

Die Aufrüstung der Bundeswehr erfuhr 2013 ungewollt große Aufmerksamkeit. Verteidigungsminister de Maizière musste die Anschaffung von Euro-Hawk-Drohnen im Mai 2013 stoppen – mit der bisherigen Ausstattung war für die Aufklärungsdrohnen im europäischen Luftraum keine Zulassung zu bekommen.<sup>133</sup> De Mazière forderte eine eigene militärische Luftfahrtbehörde,<sup>134</sup> die könnte dann entsprechend der Erfordernisse zulassen und entscheiden und mensch müsste sich nicht mehr mit den zivilen Vorschriften herumschlagen. Der Drohnen-Auftrag kam 2001 noch von der SPD/Grüne-Regierung.<sup>135</sup> Die neue große Koalition von SPD und CDU will eigene Drohnen. Die Bundeswehr hätte gerne Kampfdrohnen.<sup>136</sup> Zukünftig sollen die in der BRD stationierten Hunter-Drohnen der US-Streitkräfte auch über bewohntem Gebiet fliegen dürfen,<sup>137</sup> natürlich angeblich unbewaffnet und ohne Ausspähtechnik. Deren Luftkorridore sind für die zivile Luftfahrt gesperrt. Ohne neue Aufklärungsdrohnen erhält das Aufklärungs-Satellitensystem Sarah besondere Bedeutung. Bis 2019 will die Bundeswehr das 800 Millionen EURO teure System mit drei Satelliten für hochaufgelöste Radarbilder in Betrieb nehmen und damit das ältere System SAR-Lupe ablösen.<sup>138</sup> Die Auswirkungen auf das multinationale Bodenaufklärungssystem<sup>139</sup> der NATO, Alliance Ground Surveillance (AGS), das auf Drohneneinsatz basiert, sind noch nicht abzusehen.<sup>140</sup>

Über 33 Milliarden EURO betrug 2013 der Verteidigungsetat der BRD, an 13 Kriegseinsätzen ist die Bundeswehr nach eigenen Angaben 2013 beteiligt.<sup>141</sup> Verteidigungsminister de Maizière wird nicht müde, von der angeblichen »deutschen Verantwortung in der Welt« zu reden. An der Humboldt-Universität in Berlin kam er dazu dann aber nicht. Durch anhaltendes Pfeifen und Klatschen wurde am 10. April 2013 der Vortrag mit dem Titel »Armee der Einheit – Der Beitrag der Bundeswehr zum gesellschaftlichen Zusammenhalt« gesprengt, so dass der Minister nach einer halben Stunde den Saal verließ.<sup>142</sup> 2012 wurden für die sogenannte Nachwuchswerbung der Bundeswehr 29 Millionen Euro ausgegeben,<sup>143</sup> und über 140.000 SchülerInnen und StudentInnen wurden allein durch die knapp 100 Jugendoffiziere der Bundeswehr mit Kriegswerbung agitiert.<sup>144</sup> Der Aachener Friedenspreis 2013 wurde an drei Schulen verliehen, die als erste 2010/11 einen Beschluss für ein Werbeverbot der Bundeswehr an ihren Schulen gefasst hatten. Zwei der Schulen in Düsseldorf bzw. Offenbach/Main haben sich von ihren Beschlüssen distanziert. Sie liegen in Nordrhein-Westfalen und Hessen, Bundesländer, die inzwischen über einen Kooperationsvertrag mit der Bundeswehr den Zugang der JugendoffizierInnen an die Schulen erleichtern.<sup>145</sup>

Die Atomruinen von Fukushima sind außer Kontrolle. Jeden Tag sickerten in den letzten zwei Jahren Hunderte Tonnen radioaktiv verstrahltes Kühlwasser aus den zerstörten Atomanlagen in den Ozean.<sup>146</sup> Inzwischen ist auch das Grundwasser in der Gegend um die Reaktoren radioaktiv verstrahlt.<sup>147</sup> In der Atomanlage wurde im September 2013 64.000 Becquerel Tritium pro l Grundwasser gemessen.<sup>148</sup> Auf dem Gelände wurden nicht nur Cäsium 134 und Cäsium 137 gemessen.<sup>149</sup> Der »Knochenkiller« Strontium 90 wurde gemessen,<sup>150</sup> sowie Plutonium 239,<sup>151</sup> das eine Halbwertszeit von 24.110 Jahren hat. RegierungsvertreterInnen

haben jetzt zugegeben, dass die Region um Fukushima wegen radioaktiver Verseuchung nie wieder bewohnbar sein wird.<sup>152</sup>

Um das ständige Abfließen des verseuchten Wassers in den Ozean zu stoppen, wird ein Experiment gestartet, bei dem dauerhaft ein riesiger unterirdischer Eiswall um die Atomanlagen herum gelegt werden soll.<sup>153</sup> Doch eine Atomruine wie in Fukushima strahlt nach einer Kernschmelze noch Jahrtausende. Die immer wieder sprunghaft ansteigenden Messwerte lassen vermuten, dass die Kernschmelze noch nicht abgeschlossen ist, weil immer wieder neue Radioaktivität freigesetzt wird. Diese verteilt sich über Meeresströmungen im gesamten Pazifik.

Der Nord-Pazifik zwischen Japan/China und der Küste Kaliforniens gehört zu den weltweit bedeutendsten Fischfanggebieten.<sup>154</sup> Japan ist der fünftgrößte Fischproduzent. Auf Radioaktivität gemessene Fische vor der Küste Fukushimas haben immer wieder erhöhte Cäsium-Werte, teilweise bis zum 100-fachen des sowieso schon viel zu hoch festgesetzten Grenzwertes von 100 Becquerel pro Kilo. Auch vor der US-Küste ist Thunfisch mit hohen Cäsium 134 und 137-Werten gefangen worden.<sup>155</sup> Cäsium 137 hat eine Halbwertszeit von 30 Jahren und reichert sich in der Nahrungskette an.

Trotz wirtschaftlicher Einbrüche infolge des Tsunamis und der Atomkatastrophe ist Japan immer noch ein kapitalistisches Zentrum im Kampf um innerimperialistische Konkurrenz. Besonders der japanische Staat gründete seine Macht seit den 1970ern auf Atomtechnologie mit dem Ergebnis eines autoritären Atomstaates. Mehr AKWs als in Japan, das immer wieder von Erdbeben erschüttert wird, gibt es nur in den USA und in Frankreich.<sup>156</sup>

Japanische Atomkonzerne bauen auch weltweit AKWs. Hitachi hat einen Lizenzvertrag zum Bau eines Atomkraftwerks in Litauen abgeschlossen.<sup>157</sup> Mitsubishi Heavy Industries hat zusammen mit französischen Atomkonzernen den Auftrag für den Bau eines Atomkraftwerks in der Türkei bekommen.<sup>158</sup>

Die japanische Atommafia hat das ganze Land korrumpiert. Politik, Atomkonzerne, Atomaufsicht und Wissenschaft bilden ein enges Geflecht. Kontrollgremien sind nicht unabhängig, sondern von AtomlobbyistInnen mehrheitlich unterwandert. Atomkritische Berichterstattung durch die Medien gab es bis mindestens 2011 nicht. Ein Fernsehjournalist, der in einer Livesendung am 15. März 2011 erwähnt hatte, aus Reaktor 3 in Fukushima würde Radioaktivität austreten und das Ausland würde darüber berichten, wurde unmittelbar nach der Sendung gefeuert. Ein paar Monate später bat die japanische Regierung Internetprovider darum, »falsche Nachrichten« über Fukushima aus dem Netz zu nehmen.<sup>159</sup>

Tepco ist der größte der insgesamt zehn japanischen AKW-Betreiber<sup>160</sup> mit 35 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr vor der Katastrophe. Der Konzern wurde seit Bestehen, je nach Kapitalinteresse, mal verstaatlicht oder privatisiert.<sup>161</sup>

Mit der Ausrichtung der olympischen Sommerspiele 2020 in Tokio holt die Regierung SportlerInnen aus aller Welt ins verstrahlte Japan und legitimiert dadurch ihren Pro-Atomkurs. Anstatt die geplanten milliardenschweren Investitionen für z. B. Reparaturzahlungen, Schadensbegrenzungen, Rückbau der Atomanlagen, medizinische Versorgung der zu erwartenden Strahlenopfer und Entschädigungen zu leisten, werden Sportanlagen für Olympia und deren Infrastruktur gebaut. Im Interesse des Kapitals wird so die nationale Identität gestärkt.

Mit dem im Herbst veröffentlichten Bericht des Wissenschaftlichen Komitees der Vereinten Nationen für die Folgen von Strahlung (UNSCEAR) mit dem Titel »The Fukushima-Daiichi nuclear power plant accident«<sup>162</sup> outet sich dieses Gremium wieder einmal als Teil der Atommafia. Dieser Bericht prophezeit, dass als direkte Folge des Atomunfalls Menschen nicht vermehrt an Krebs sterben werden. Außerdem wird ein Krebsrisiko bei Niedrigstrahlung bestritten.<sup>163</sup> Dabei wurden bereits 2.000 Arbeiter verstrahlt.<sup>164</sup> Bei Reihenuntersuchungen auf Schilddrüsenkrebs an 192.886 Kindern aus Fukushima hatten die Ärzte im Ultraschall bei 44 Prozent »Auffälligkeiten« festgestellt.<sup>165</sup> Bereits jetzt gibt es in der Präfektur Fukushima Fälle von Schilddrüsenkrebs bei Kindern und Jugendlichen,<sup>166</sup> obwohl Krebskrankheiten gewöhnlich erst fünf bis zehn Jahre nach den Kontaminationen sprunghaft ansteigen bzw. ausbrechen.<sup>167</sup>

In Japan formiert sich Widerstand gegen die Atompolitik. Seitdem in Tokio im Juli 2012 die größte Demonstration mit 170.000 Menschen nach der Atomkatastrophe stattgefunden hatte,<sup>168</sup> gibt es regelmäßig Proteste. Anfang Oktober 2013 demonstrierten 9.000 Menschen vor dem Hauptsitz von Tepco gegen deren Absicht, wieder Atomstrom zu produzieren.<sup>169</sup>

Fukushima zeigt, dass die Evakuierungszonen im Falle eines Atomunfalls in der BRD vergrößert werden müssen. Fast drei Jahre nach Fukushima hat die Bundesregierung jedoch keine Konsequenzen zum Schutz der Bevölkerung gezogen.<sup>170</sup> Zum zweiten Jahrestag der Reaktorkatastrophe kam es in Deutschland am 9. März 2013 zu zentral organisierten regionalen, bürgerlich geprägten Kleindemonstrationen in Neckarwestheim, Günzburg nahe dem AKW Gundremmingen, Gronau und einer Menschenkette um das AKW Grohnde.<sup>171</sup> In Günzburg wurde das Kampagnenflugblatt 2013 der Ökologischen Linken »Zwischen Emanzipation und Faschisierung – Linker Widerstand in der EU verteilt«.

Die Bergung der Atommüllfässer im Atommülllager Asse wird immer unwahrscheinlicher. Erkundungsbohrungen sind gescheitert, die Gruben sind marode und einsturzgefährdet. Weiterhin laufen täglich 12.000 Liter Wasser hinein. Für das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), das die Bergung des radioaktiven Mülls organisieren soll, ist grundsätzlich auch das Einleiten kontaminierter Salzlauge in Nord- und Ostsee oder die Flüsse Weser, Ems und Jade eine Option.<sup>172</sup> Im Juni 2013 beschlossen CDU/CSU, FDP und GRÜNE ein Endlagerauswahlgesetz,<sup>173</sup> eine Legitimation, für etwas, was es gar nicht geben kann. Es gibt kein sicheres Atommüll-Endlager. Unklar ist, wo weiterhin Castoren gelagert werden sollen und auf welchem Weg der für 2015 geplante Castor-Transport von Sellafeld nach Deutschland kommen soll.<sup>174</sup>

Die Energiewende ist eine Farce. Neun Reaktoren sind in Deutschland noch am Netz und bis zum endgültigen Abschalten sind es noch mindestens neun Jahre. Die große Koalition aus CDU/CSU und SPD wird der Energiewende den Rest geben. Die bayerische Landesregierung will die Kapazitäten des AKWs Gundremmingen jetzt erhöhen, um aus dem Altmeiler noch einmal richtig Kohle rauszuholen.<sup>175</sup> Die Uranfabrik Gronau und die Brennelementefabrik Lingen laufen unbefristet weiter.<sup>176</sup> Die Bundesregierung hängt mit weiter steigenden Milliarden für den Bau des Atomfusionsreaktors ITER in Cadarache, Frankreich mindestens bis 2020 drin.<sup>177</sup> Die CDU/CSU/FDP-Regierung stellte neue Hermes-Bürgschaften für Kredite zum weltweiten Neubau von Atomanlagen in Aussicht.<sup>178</sup>

Die Bundesregierung sabotiert den zügigen Ausbau der neuen Stromnetze, die für die Nutzung erneuerbarer Energiequellen nötig sind. Es wird nicht nur gebremst und getrickst, langwierige Genehmigungsverfahren, Lieferengpässe und technische Probleme werden vorgeschoben. Es wird auch gegen die erneuerbaren Energien gehetzt, sie seien schuld am

ständigen Ansteigen des Strompreises. Das deutsche Atomkapital befindet sich nicht glaubhaft auf dem Rückzug. Die gesamte Infrastruktur im Hinblick auf den Ausbau der Stromnetze ist allein auf die Planungen der großen Stromkonzerne hin ausgerichtet, die schließlich immer noch mit Atomstrom ihre Profite einfahren. Off-Shore-Windparks können nun mal nur von den großen Stromkonzernen gebaut werden. Die erneuerbare Energie aus Sonne, Wind und Wasser mit dezentraler Infrastruktur ist vom Kapital und vom Staat nicht gewollt. Sie bekommen immer weniger staatliche Förderung, oder der Ausbau regionaler Stromnetze wird nicht vorangetrieben.

Nachdem es 2013 wieder keinen Castortransport nach Gorleben gegeben hat, der als Kristallisationspunkt und zentrale Aktion für die Anti-AKW-Bewegung gefehlt hat, hätte die Anti-AKW-Herbstkonferenz vom 18. bis 20. Oktober 2013 in Hamburg genutzt werden können, um zum Beispiel Anti-AKW-Arbeit mit antikapitalistischer Kritik zu verbinden. »Stattdessen demonstrierte die Konferenz, wie sehr sie sich neben dem Fehlen massenwirksamer handlungspolitischer Optionen auch inhaltlich in der Defensive befindet. Eine konfrontative Auseinandersetzung mit denen, die die mörderische Atompolitik zu verantworten haben, mit Staat und Kapital, scheint bewusst vermieden worden zu sein.«<sup>179</sup> Ergebnis oder Tiefpunkt war eine Aneinanderreihung von Terminen und Aktionen der nächsten Monate, ohne diese jedoch nur ansatzweise zu bewerten oder politisch einzuordnen.<sup>180</sup>

Gleich nachdem auf den Philippinen einer der stärksten je registrierten Taifune am 8. November 2013 Tausenden Menschen das Leben gekostet hatte, wurde auf dem UN-Weltklimagipfel in Warschau deutlich, dass es den führenden Staaten nur darauf ankommt, anderen die Schuld zuzuweisen und beispielsweise China zur Reduktion seines CO<sub>2</sub>-Ausstoßes aufzufordern, obwohl wesentliche Teile davon auf die Herstellung von Konsumgütern entfallen, die in den kapitalistischen Zentren verbraucht werden.<sup>181</sup> Während des Gipfels verabschiedete sich Japan von seinen Klimazielen, ebenso Australien, Brasilien will seine Regenwälder noch schneller abholzen. Parallel zum Weltklimagipfel fand in Warschau ein Kohlegipfel statt, auf dem sich die fossile Energielobby traf. Aus Protest über den völlig kontraproduktiven Ablauf der Verhandlungen verließen erstmals in der Geschichte der UN-Klimakonferenzen drei Tage vor Konferenzende Umweltverbände wie Greenpeace, WWF oder der BUND die Konferenz.<sup>182</sup> Weltweit nutzten die Konzerne die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, um sich der Klimaschutzauflagen zu entledigen und setzten die Regierungen unter Druck.

In der BRD stieg 2012 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bezogen auf das Vorjahr erstmals seit über 20 Jahren an.<sup>183</sup> Bereits seit Juni 2013 wurde von Bundeskanzlerin Angela Merkel der Beschluss der EU-weit abgestimmten, strengeren europäischen Abgasnormen für Pkw ab 2020 blockiert. Sie wollte im Interesse der deutschen Autokonzerne weniger strikte Auflagen<sup>184</sup> durchsetzen, damit deutsche Autobauer möglichst lange ihre spritfressenden Luxuskarossen herstellen können.<sup>185</sup> Als Dank erhielt kurz nach der Bundestagswahl die CDU 690.000 Euro als Spende von TeilhaberInnen von BMW, 565.000 Euro gingen vom Verband der Metall- und Elektroindustrie an die CSU. Während CDU und SPD in den Koalitionsgesprächen über die Energiepolitik berieten, erhielten beide Parteien vom Chemiekonzern Evonik zusammen 160.000 Euro.<sup>186</sup> Etwa 2,5 Millionen Menschen sterben jährlich an den Folgen der Luftvergiftung durch Staubpartikel oder Ozon.<sup>187</sup>

Um die Profite des weltweiten Ölkapitals zu verstetigen und die Ausbeutung fossiler Brennstoffe zu verlängern, wird beim sogenannten Fracking mit Unmengen giftiger Chemikalien, Druck und Wasser Gas und Öl aus Gesteinsschichten gelöst. In USA wurde inzwischen gesundheitsgefährdendes Methan im Trinkwasser und die Verseuchung von Oberflächen-



gewässern nachgewiesen, eine Vergiftung des Grundwassers ist vorprogrammiert. Die Umwelt wird verseucht, die Fördermengen liegen jedoch weit unter den prognostizierten Erwartungen. Am bundesweiten Aktionstag gegen Fracking am 31. August 2013 gab es in ca. 50 Städten und Gemeinden Aktionen.<sup>188</sup> Von einer Vielzahl an Umweltgruppen unterstützt wurde für den 19. Oktober 2013 der internationale Aktionstag »Global Frackdown Day« ausgerufen. An mehr als 250 Orten in 30 Ländern fanden Aktionen gegen Fracking statt. In Rumänien protestierten über 1.000 Menschen gegen den US-Energiekonzern Chevron, der im Nordosten Rumäniens mit dem Fracking starten will.<sup>189</sup>

Die Besetzungen im Hambacher Forst gegen den Braunkohletagebau von RWE wurden im Herbst letzten Jahres geräumt. Die Ermittlungsverfahren gegen die AktivistInnen wurden inzwischen von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Eine weitere Abholzung des Hambacher Forstes konnte nicht verhindert werden.<sup>190</sup> Erneute Besetzungen im Wald sowie ein WaldbesetzerInnenencamp auf einer angrenzenden Wiese konnten das Jahr über aufrechterhalten werden, zum Jahrestag des Camps rückten dann am 19. November 2013 RWE und Polizei mit schwerem Gerät an und zerstörten die Infrastruktur der BesetzerInnen.<sup>191</sup>

Parallel zur Verbrennung fossiler Energieträger werden in der EU teure und umweltzerstörende Verfahren wie das CCS-Verfahren (carbon capture and geological storage) über EU-Förderprogramme finanziert, um damit klimaschädliche Treibhausgase, die bei der Verbrennung fossiler Energieträger entstehen, unter der Erde zu speichern, deren klimaschädliche Auswirkungen auf spätere Jahre zu verschieben und damit die Schadstoffbilanzen der Kraftwerke schön zu rechnen. Durch das Gas kann Salzwasser in das Grundwasser gepresst werden. Das löste bereits 2011 kleinere Erdbeben in US-Regionen aus. Einen Nachweis, dass das CO<sub>2</sub> Tausende Jahre unter der Erde bleibt, kann zudem nicht erbracht werden.<sup>192</sup> In Deutschland dürfen seit 2012 bis zu vier Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich so »gespeichert« werden.

2013 wurden offiziell die Verhandlungen für das transatlantische Freihandelsabkommen Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) zwischen den USA und EU-Europa aufgenommen. Die Hälfte des weltweiten Wirtschaftsvolumens wird von den Vertragsparteien erzeugt. Es ist davon auszugehen, dass im Zuge des Abkommens die Zulassungsbedingungen für z. B. Lebensmittel oder Medikamente angeglichen werden. Im Klartext heißt das, dass die EU ihren Markt für gentechnisch erzeugte Produkte, gentechnisch verseuchte Lebensmittel und hormonbelastetes Fleisch weiter öffnen wird, in der Umkehrung werden europäische Pharmakonzerne durchsetzen, dass die Anforderungen an die Zulassung neuer Medikamente in den USA an den niedrigeren Standard der EU angeglichen wird.<sup>193</sup> Mit dem Abkommen wird der Einfluss von EinwohnerInnen in der EU auf die gesetzlichen Grundlagen für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit gänzlich abgeschafft und das Feld für LobbyistInnen und Konzerne freigeräumt.<sup>194</sup>

In den USA hat im Juni 2013 der Oberste Gerichtshof in einem Urteil den natürlich auftretenden Teil einer DNA, z. B. der menschlichen Erbsubstanz, als »Produkt der Natur« bezeichnet und damit eine Patentierung ausgeschlossen.<sup>195</sup> Gleichzeitig wurde jedoch festgestellt, dass Patente, die sich auf künstlich hergestellte DNA beziehen, möglich sind. Damit wäre also eine zum Beispiel im Labor zusammengebastelte DNA nach Vorlage der menschlichen DNA<sup>196</sup> möglich. Künstlich erzeugte DNA-Strukturen können heute mit dem Computer berechnet werden.<sup>197</sup>

2013 wurde von der EU-Kommission die gentechnisch manipulierte Maissorte »Mais SmartStax« des Saatgutkonzerns Monsanto für Lebensmittel und Futtermittel zugelassen,

auch wenn der Mais bisher in der EU nicht angebaut werden darf. Da Mais häufig zu Stärke verarbeitet wird, können Lebensmittel, die Stärke beinhalten, auch gentechnisch manipulierte Mais enthalten.<sup>198</sup> Die Kennzeichnungspflicht gilt in der EU erst ab 0,9 Prozent. In der EU wurden 2012 auf 1,2 Prozent der gesamten Ackerfläche gentechnisch manipulierte Pflanzen angebaut,<sup>199</sup> wobei in Spanien 2012 schon auf einem Drittel der Maisanbauflächen gentechnisch manipulierter Mais wuchs. Die Anbaufläche nahm nach rasanten Anstiegen in den Jahren davor nochmals um 19 Prozent zum Vorjahr auf 138.000 Hektar zu. Mais wird in der EU überwiegend für Futtermittel oder zur Energiegewinnung genutzt.<sup>200</sup> Der genmanipulierte Mais NK 603 erzeugt Krebs bei Ratten nach einer Studie von Gilles-Éric Séralini. Die Studie veröffentlichte im September 2012 die Fachzeitschrift Food and Chemical Toxicology, nachdem sie diese von unabhängigen GutachterInnen überprüfen ließ. Der Herausgeber Hayes hat sich inzwischen von dieser Studie distanziert. Seit einigen Monaten ist der ehemalige Monsanto-Wissenschaftler Richard Goodman Redakteur in der Fachzeitschrift, zuständig für Biotechnologie, laut der NGO German Watch. Welch ein Zufall.<sup>201</sup>

Bei Soja beträgt die weltweit für den Anbau von gentechnisch manipuliertem Sojaanbau genutzte Fläche bereits 90 Millionen Hektar, 80 Prozent der Erträge werden zu Futterstoffen verarbeitet. Haupterzeugerländer sind nach wie vor die USA, Brasilien und Argentinien mit über 90 Prozent aller Sojaanbauflächen.<sup>202</sup> In der BRD werden entsprechende Futtermittel vor allem für die Fleischproduktion importiert. Lebensmittel, die mit Hilfe von gentechnisch manipulierten Pflanzen hergestellt wurden, z. B. Fleisch, müssen nicht gekennzeichnet werden.

Vom 5. bis 7. Juli 2013 fand in Berlin der dritte UmsGanze-Kongress mit dem Thema »POLITIK IN DER KRISE ›Denn sie wissen nicht: Was tun?‹«<sup>203</sup> statt. Auf dem Podium »You can wake up now, the universe has ended – Neue Kämpfe, neue Subjekte?«<sup>204</sup> am Samstag, den 6. Juli 2013, diskutierte Jutta Ditfurth mit Roger Behrens und Martin Glasenapp, einem Vertreter der Interventionistischen Linken. Martin Glasenapp trug eine unkritisch zustimmende Position zu allen sozialen Bewegungen vor, unter der Parole »Freude und Demut«, während Roger Behrens und Jutta Ditfurth eine kritische Bestandsaufnahme sozialer Bewegungen weltweit vornahmen.

Zur Frankfurter Buchmesse 2013 erschien das Buch von Jutta Ditfurth »Der Baron, die Juden und die Nazis«, das die tiefe Verankerung und Kontinuität des Antisemitismus im deutschen Adel der letzten beiden Jahrhunderte bis heute offenlegt und belegt, dass der Adel bereits Anfang des 19. Jahrhunderts einen Rasse-Antisemitismus vertrat, also ideologisch hierin ein früher Vorläufer des NS-Faschismus war.

Die VertreterInnen von ÖkoLinX-Antirassistische Liste (ÖkoLinX-ARL) in Frankfurt am Main begleiteten Proteste der Bürgerinitiative contra Quartiersgarage Glauburg bei der Durchsetzung einer ökologischen und an der Aufenthaltsqualität für die BewohnerInnen des Quartiers orientierten Gestaltung ihres Wohnumfeldes und legten hierfür ein eigenes Konzept vor. Im Frankfurter Flughafen fanden auch 2013 regelmäßig Demonstrationen gegen die Nord-West-Landebahn des Flughafens statt, tatsächliche Veränderungen konnten jedoch bisher nicht bewirkt werden.

Antirassistische Demonstrationen oder der Kampf gegen die Gentrifizierung des Frankfurter Zentrums und der Frankfurter Stadtteile stehen ebenso wie der Kampf gegen Elend und Armut im Zentrum der (außer-)parlamentarischen Arbeit der ÖkoLinX-ARL. Jutta Ditfurth sagte in ihrer Rede auf dem »Demonstrativen Spaziergang gegen Rassismus und Polizeigewalt« am 8. November 2013 in Frankfurt/Main: »Die Reihe der rassistischen und

antisemitischen Anschläge ist endlos: Sarrazin – NSU – Schneeberg – das Vorgehen des Hamburger Senats gegen die Lampedusa-Flüchtlinge – Frontex und die rassistischen Ereignisse, die sich in Frankfurt häufen [...] Für Rassisten und Rassistinnen, ob Mob oder Elite, ob in Knobelbechern oder Nadelstreifen, ob auf der Straße oder im Parlament, in Banken, Schulen oder bei der Bahn: Für Rassisten und Rassistinnen in Frankfurt gilt: NO PASARAN!«<sup>205</sup> Weltweit!

Als Mitglied im sozialrevolutionären Krisenbündnis Frankfurt ist ÖkoLinX-ARL zudem Teil des Bündnisses M31 und will 2014 die Aktionen gegen die Feier der Herrschenden in Europa zur Eröffnung der neuen Europäischen Zentralbank begleiten.

Wir begrüßen, dass Christian Gauger (72) und Sonja Suder (80), denen vorgeworfen wurde, Mitglieder der Revolutionären Zellen gewesen zu sein, in Freiheit sind. Nicht nur Mumia Abu Jamal oder Leonard Pelletier sind immer noch im Knast. Die Ökologische Linke fordert noch immer die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen weltweit.

Was kann mensch nach alledem sagen – Schluss mit der weltweiten Barbarei und die soziale Revolution weltweit erkämpfen!

### **Rechenschaftsbericht für die Bundeskonferenz der Ökologischen Linken am 14./15. Dezember 2013 in Köln**